

IG Metall lehnt längere Lebensarbeitszeit ab

"Die Mehrheit schafft es nicht bis zur regulären Rente"

Gewerkschaftsvorstand Hans-Jürgen Urban im Interview über Burnout als neue Volkskrankheit, die hohe Teilzeitquote von Frauen und die Zukunft des Rentensystems.

Herr Urban, was haben Sie dagegen, wenn die Ampel für Rentner und Pensionäre Arbeitsanreize schafft?

Wenn sich jemand freiwillig dafür entscheidet, habe ich nichts dagegen. Mich stört jedoch, wenn am Rentenrecht rumgefummelt und auch noch in die Rentenkasse gegriffen wird, um mit Rentenbeiträgen eine Art Kombi-Lohn für Altenarbeit zu finanzieren. Im Ergebnis werden die Menschen bestraft, die nicht länger arbeiten können oder wollen.

Inwiefern ist Rentenrecht betroffen, wenn Rentner im Falle einer weiteren Erwerbstätigkeit keine Sozialbeiträge mehr zahlen müssen?

Wir müssen die gesamte Debatte sehen, inklusive der Forderungen nach einer Anhebung des Renteneintritts für Büroarbeiter, wie sie Stefan Wolf vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall soeben erhoben hat. Der Beschluss der Ampel, den Bundeszuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung zu kürzen, ist ebenfalls besorgniserregend. Das proklamierte Regime der Altersbeschäftigung ist jedenfalls Flickschusterei.

In der Wachstumsinitiative der Ampel heißt es, für mehr wirtschaftliche Kraft braucht es ein größeres Angebot an Arbeit. Was ist daran falsch?

Um der Wirtschaft mehr Kraft zu verleihen, wäre ein industriepolitischer Wumms notwendig, um es einmal in Anlehnung an Olaf Scholz zu formulieren. Dazu hat die IG Metall ein Elf-Punkte-Programm vorgeschlagen. Zusätzlich wäre ein höheres Arbeitsvolumen von denjenigen Frauen zu ermöglichen, die auch aufgrund mangelhafter Betreuungsmöglichkeiten für Kinder ungewollt in der Teilzeitfalle feststecken. Auf Rentner als Retter des Arbeitsmarktes zu setzen, ist eine Schimäre.

Eine Umfrage der IG Metall hat ergeben, dass sich 23 Prozent eine Tätigkeit über den Renteneintritt hinaus vorstellen können.

Wenn die das wollen, bedarf es nur einer Übereinkunft mit dem Arbeitgeber das ist heute schon möglich. Wir reagieren allerdings allergisch bei allen Versuchen, die Regelaltersgrenze anzuheben, denn sie bildet die Bemessungsgrundlage für diejenigen, die früher rausgehen müssen und für jene, die länger arbeiten. Was wir aktuell erleben, ist der Versuch, außerhalb der Anhebung der Altersgrenze die Bedingungen zu verändern.

Um die Fachkräftelücke zu verkleinern.

Die überwiegende Mehrzahl von Menschen kann nicht länger arbeiten, weil ihre Gesundheit da nicht mitspielt. Deshalb sind die Arbeitsbedingungen ein politisches Schlüsselfeld im Schatten der Rentendebatte. Auch bei vielen Dienstleistungs- oder Bürotätigkeiten ist die Arbeitsverdichtung inzwischen enorm. Arbeitsmediziner befürchten, dass Burnout die Volkskrankheit des 21. Jahrhunderts wird.

Immerhin hat sich in den vergangenen 25 Jahren die Erwerbstätigenquote der 55- bis 65-Jährigen verdoppelt; viele können also länger arbeiten als früher.

Das betrifft vor allem die Branchen und Betriebe, in denen eine Gefährdungsbeurteilung nach dem Arbeitsschutzgesetz durchgeführt wird und Betriebsräte für bessere Arbeitsbedingungen streiten. Aber es gibt Bereiche prekärer Beschäftigung ohne Betriebsrat, in denen die Arbeitsbedingungen mitunter skandalös sind, zum Beispiel Lieferdienste.

Die Arbeitswelt polarisiert sich. Und die Politik muss anerkennen: Die Mehrheit schafft es nicht bis zur regulären Rente.

Dabei wird die Kluft zwischen Arbeitenden und Rentnern größer. Heute stehen 100 Personen zwischen 20 und 67 Jahren 30 ältere Menschen gegenüber, 2040 sind es bereits 40 Alte, die von den Erwerbstätigen zu versorgen sind. Wie soll das funktionieren?

Wesentliche Stellgröße ist die steigende Produktivität der Arbeit. Im Ergebnis kann dann ein kleinerer Teil der Erwerbstätigen einen größeren Teil nicht mehr Erwerbstätiger versorgen.

Die gesamtwirtschaftliche Produktivität stagniert seit Jahren.

Deswegen brauchen wir private und öffentliche Investitionen in eine ökologische Industriegesellschaft, die auf dem höchsten Stand des technologischen Niveaus weitgehend klimaneutral produziert. Die Politik der drastischen Reduzierung von CO wirkt auf die Wirtschaft wie ein externer Schock, vorhandene Kapitalstöcke werden entwertet.

Die IG Metall findet das doch gut.

Ja, die ökologische und soziale Transformation ist zwingend erforderlich. Die Politik kann jedoch nicht auf der einen Seite tief in Produktionsbedingungen und Produkte eingreifen und auf der anderen Seite die Transformation dem Markt überlassen; Sozialstaat und Demokratie halten das nicht aus.

Die Politik muss viel mehr auch mit öffentlichen Mitteln in einen ökologischen Produktivitätsfortschritt investieren, den die Menschen mitmachen, weil er sozial flankiert wird und sie in dieser Entwicklung auch für sich eine Perspektive finden.

Das wird die demografiebedingten Probleme nicht lösen.

Doch. Noch 1950 waren mehr als 25 Prozent der Menschen in der Landwirtschaft tätig und haben mit ihren Produkten die gesamte Bevölkerung ernährt. Heute liegt der Anteil unter zwei Prozent, und in Deutschland und Europa klagen wir über landwirtschaftliche Überproduktion. Das

war nur möglich aufgrund der immensen Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft.

Was wir heute brauchen, ist der Mut zu strategischem Denken. Ich wünsche mir eine Regierung, die begreift, dass die

wirklichen Herausforderungen Klimaschutz und Sicherung der Demokratie über die Dauer eine Legislaturperiode hinausgehen. Die Schlüsselkompetenz moderner Politik ist langfristiges Denken.